

## Wen ich nicht wähle



Birgit Fischer

Ich wähle dich, ich wähle dich nicht. Ich wähle dich, ich wähle dich nicht.

Das etwas abgewandelte, altbewährte Jugendspiel mit dem Akazienblatt, um die Liebe des Liebsten bestätigt zu wissen, ist die einfachste Möglichkeit, die Kreuze am 27. September auf den Wahlzettel zu bringen. Weithin verbreitet ist hingegen, die Partei zu wählen, die man immer schon gewählt hat. Oder überhaupt nicht zu wählen, mit der Wahl Protest zu artikulieren oder aber nach dem Ausschlussverfahren vorzugehen.

So einfach möchte ich mir das nicht machen. Ich setze mein Kreuz auf die Partei, von der ich glaube, dass sie meine Interessen am besten vertreten wird. Dazu habe ich mich in den letzten Wochen über Inhalte und Programme der meisten Parteien informiert.

Eine Partei, die in 100 Prozent mit meinen Erwartungen übereinstimmt, habe ich nicht gefunden. Aber eine, von der ich glaube, dass sie die Rahmenbedingungen schafft, um mir ein gutes und tolerantes Leben in Deutschland zu ermöglichen. Aber, und da brauche ich mich lange deren Parteiziele und -inhalte zu studieren, eine Partei kommt auf gar keinen Fall infrage: die DVU!

Sie steht, für mich unbegreiflich, in zwölf Bundesländern auf dem Wahlzettel. Auch bei mir in Brandenburg. Ihr total übersteigter, deutsche Interessen verabsolutierender Nationalismus, der sich in fremdenfeindlichen und antisemitischen Agitationsmustern sowie einem umfassenden Revisionismus äußert, ist für mich absolut nicht hinnehmbar. Ausländer und Juden werden pauschal diskreditiert und dienen der Partei als antideutsche Feindbilder.

In Potsdam hält sie zurzeit noch ihre drei Verordneten sowie insgesamt neun Sitze in verschiedenen Brandenburger Landkreisen. Im Landtag von Brandenburg ist die DVU seit 1999 mit fünf und seit 2004 mit sechs Mandaten vertreten. Das muss sich ändern!

Die Partei selbst weist die Verfassungsschutzdefinition als rechtsextremistische Partei zurück. Das zeigt mir, wie verblendet sie sich selbst sieht. Von 1987 bis 1991 trat die Partei unter dem Namen „DVU – Liste D“ als Wahlbündnis gemeinsam mit der NPD an. Infolge des schlechten Wahlergebnisses der NPD 1990 löste die DVU das Bündnis auf. Es ist schon erstaunlich, wie wenig Toleranz und Einigkeit sogar unter ihresgleichen herrschen. Sie haben eben kein Profil. Gott sei Dank.

Birgit Fischer (47) ist Deutschlands erfolgreichste Olympionikin. Die Kanutin wurde achtmal Olympiasiegerin. Bei der Europawahl 1999 kandidierte sie für die FDP.

### WELT ONLINE

Die neuesten Umfragen und alle weiteren Infos zur Wahl: [welt.de/bundestagswahl](http://welt.de/bundestagswahl)

## Alles für den kleinen Mann

Wie das Kanzler-Duell zur Umverteilungsdebatte wurde – Zuschauer sehen knappen Vorteil für Steinmeier

Von Mariam Lau

BERLIN – Das TV-Duell der beiden Kanzlerkandidaten Angela Merkel (CDU) und Frank-Walter Steinmeier (SPD) war zwar nicht der Strafenfeger, den sich die beteiligten Fernsehsender ARD, ZDF, RTL und Sat.1 erhofft hatten. Kein Wunder: Noch in der Sendung selbst gaben die Journalisten die Parole vom „Duett statt Duell aus“. Mit knapp 21 Millionen Zuschauern hatte man gerechnet – weil es so viele vor vier

Jahren waren, als Angela Merkel dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder als Herausforderin entgegentrat. Am Sonntagabend waren es nur 14,21 Millionen Zuschauer gewesen – aber Gesprächsthema war es am Montagmorgen doch.

### Wer hat gewonnen?

Noch in der Nacht war der Kampf um die Deutungshoheit ausgebrochen. Franz Müntefering beispiels-

weise, SPD-Vorsitzender mit Ambitionen für eine nächste Amtszeit, war kurz vor Beginn der Sendung ins Foyer des Studio B in Adlershof geschwebt, wo futuristische Leuchtschrauben und weiße Sitzkuben eine Lounge-Atmosphäre verbreiteten. „Sie versuchen, das hier herunterzureden und -zuschreiben“, sagte er auf die Vorhaltung von Journalisten, man erwarte kein echtes Duell, sondern eben, wie es dann in der Sendung hieß, ein „Duett“ der großen Koalition. „Aber

was hier stattfindet, ist Demokratie-Hygiene.“ Müntefering war es dann auch, der nach dem Duell einen „Durchbruch“ für die SPD vermeldete, die Kehrtwende des Abwärtstrends: „Steinmeier hat sich deutlich gegen Frau Merkel durchgesetzt.“

Tatsächlich wirkte der Herausforderer so persönlich, leidenschaftlich und gelassen wie sonst selten bei öffentlichen Auftritten. Die Kanzlerin hingegen wurde häufig von den vier Moderatoren unterbrochen und reagierte darauf spitz und pikiert – „Lassen Sie mich bitte einmal durchreden“. Wenn Steinmeier sprach, warf sie ihm übellaunige Blicke zu. Er präzentierte eine Art geistig-moralischer Wende mit neuer „Wirtschaftsethik“, die „die Krise in den Köpfen“ bekämpft. Merkel kam erst zum Schluss auf ein paar Zukunftsvorstellungen zu sprechen: Familie, Bildung, die vorher überhaupt keine Rolle gespielt hatten. Von Ferne erinnerte ihre Performance an die CDU in der Ära Kohl: Man fühlt sich als „geborene Regierungspartei“, die es nicht nötig hat, um die Macht zu kämpfen. In der Schlussrunde konnte sie punkten, indem sie Steinmeier darauf hinwies, es sei doch merkwürdig, Schwarz-Gelb einerseits als Schreckgespenst an die Wand zu malen, andererseits selbst auf ein Bündnis mit den Liberalen zu spekulieren.

Die Zuschauer waren geteilter Ansicht: Beim ZDF sahen 28 Prozent Merkel als Siegerin, 31 Prozent Steinmeier; in der ARD stand es 43 zu 42 Prozent für den Herausforderer; bei RTL ging das Duell mit 37 zu 35 Prozent für Merkel aus.

### Die Themen

Die Moderatoren präsentierten sich als Sprachrohr des kleinen Mannes; der Friseurin, die für 4,95 Euro eine Herrenfrisur schneidet, des Rentners, der sich fragt, ob er die Zeche für die Staatsverschuldung zahlen muss. Dass die vier mit ihrem Robin-Hood-Auftritt den Nerv trafen, scheint durch die Tatsache belegt, dass die „unabhängigen“ Zuschauer, also die ohne Parteipräferenz, in ihrer Mehrzahl eher zu Steinmeier neigten. Links ist selbstverständlich. Die Rentner, die Verkäuferin bei Arcandor, die gierigen Manager – sie bildeten das emotionale Zentrum des Streitgesprächs, eine Umverteilungsdebatte war die Folge. Steinmeiers Part bestand in diesen Fragen darin, anzudeuten, ohne den Zwang zu Kompromissen in der CDU hätte man sehr viel mehr für sie tun können; Merkel schimpfte, so gut es ging, auf Arcandor-Chef Karl-Gerhard Eick und seine Abfindung in Höhe von 15 Millionen Euro und auf überhöhte Managergehälter. Sie versuchte einmal, gegen den Strom zu schwimmen und die Versöhnung von Kapital und Arbeit in der sozialen Marktwirtschaft ins Spiel zu bringen – drang aber damit nicht durch und musste stattdessen strampeln, so weit wie möglich vom Vorwurf des „Marktradikalismus“ wegzukommen, der mit Schwarz-

Gelb nun mittlerweile fest verbunden ist.

Steinmeier wiederholte seine Forderung nach einer Börsenumsatzsteuer. Bislang war sie ein Lieblingskind der Globalisierungsgegner; innerhalb der letzten zwei Wochen hat sie es bis ins Kanzleramt geschafft – obwohl der Finanzminister sie noch im Frühjahr als „Loch-Ness-Ungeheuer“ bezeichnet hatte, worauf Merkel maliziös hinwies. Einmal rückte sie sogar die rot-grüne Vorregierung in die Nähe des Marktradikalismus. Vom Thema Hartz IV, den Arbeitsmarktreformen unter Rot-Grün, als deren „Architekt“ er angesprochen wurde, wollte wiederum Steinmeier so schnell wie möglich wegkommen: Die Zeiten seien jetzt andere, andere Maßnahmen wären nötig ... Studenten der Universitäten Hohenheim, Mannheim und Koblenz-Landau hatten noch am Abend mehr als 400 ausgewählte Zuschauer getestet, die mit einem Drehregler einzelne Aussagen bewerten sollten. Ergebnis: Steinmeier punktete in der 24. Minute mit seiner Aussage zur Abwärtsspirale von Löhnen („Wer den ganzen Tag arbeiten geht, muss von seinem Einkommen leben können. Wirklich leben können“). Bei Merkel war es die 12. Minute: „Und jetzt sage ich: Wir brauchen Regeln für die internationalen Finanzmärkte, und wir brauchen einen Export der Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft.“

### Was fehlte

So dominant war die „Soziale“, so abwesend war die „Gesellschaftspolitik“, Bildungs-, Familien- oder Integrationspolitik fehlten; von Klimapolitik keine Spur (es sei denn, man rechnet die Atompolitik dazu – die einzige echte Meinungsverschiedenheit zwischen den Kontrahenten). Alle Themen also, die Angela Merkel bei der Modernisierung der CDU ins Zentrum gestellt hat, spielten im Moment des größten Stresses überhaupt keine Rolle mehr. Umverteilung war wichtiger. Dass man es mit der Vorsitzenden einer der letzten großen europäischen Christdemokratien der Nachkriegszeit zu tun hatte, wurde an keiner Stelle des TV-Duells deutlich, sieht man einmal von dem auswendig gelernten Statement ab, das die Kanzlerin am Schluss hielt.

### Journalisten gegen Politiker

Es fragte vorher ja auch niemand danach. Die Moderatoren hatten ein Rollenproblem: Sie wollten Politik lecker und interessant machen; glaubten aber, das nur durch Konzeptionen an den Boulevard erreichen zu können. („Sind wir hier bei ‚Ehen vor Gericht‘?“, „Wollen Sie eine Tigerente koalition?“) Diese Art von Links-Boulevard schweißte Merkel und Steinmeier auf der anderen Seite unwillkürlich zusammen: zwei Vertreter der klassischen „Politik-Politik“ im Kampf gegen die Lach- und Schießgesellschaft. Dass Deutschland zwei (leidlich große) Parteien hat, die sich über Grundzüge der Demokratie einig sind – ist das wirklich so ein Drama?

## Die Irrtümer von Merkel und Steinmeier

FRANKFURT/MAIN – Weitgehend frei von nachprüfbar Fakten war das Fernsehduell zwischen Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier. Die Kanzlerin hielt sich fast immer allgemein, lediglich Herausforderer Steinmeier lehnte sich gelegentlich mal aus dem Fenster. Die WELT hat die wichtigsten Irrtümer dokumentiert und nachgeprüft:

„Wir einigen uns ... in der Mitte und machen 50 Milliarden Steuer-senkungen. Wenn Sie das aus Wachstum finanzieren wollen, dann brauchen Sie pro Jahr ab dem Jahre 2010 und 2011 neun Prozent Wachstum.“

So griff Steinmeier die Steuersenkungspläne von CDU und FDP an. Experten halten diese Rechnung für schlichtweg falsch. „Steinmeier hat da wohl einiges durcheinandergebracht“, sagt Roland Döhrn vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI). Um die Steuersenkung zu finanzieren, brauchte man eine um vier Prozent höhere Wirtschaftsleistung. Diese müsse man nicht in einem Jahr erzielen. Streckt man dieses Wachstum auf vier Jahre, müsste die Wirtschaft pro Jahr nur noch ein Prozent stärker wachsen als geplant. „Das ist zwar immer noch sehr ehrgeizig, weicht aber schon deutlich von dem neun Prozent ab“, sagt Döhrn. Die von Steinmeier angesprochenen neun Prozent stimmen bestenfalls, wenn er isoliert auf die Einkommensteuer schaue, so Döhrn. Aber mehr Wachstum bringe auch mehr Einnahmen an anderer Stelle, etwa bei der Umsatzsteuer oder den Sozialabgaben. Volkswirt Achim Truger vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) kommt zwar in seiner Rechnung nah an die neun Prozent von Steinmeier heran – aber nur, wenn er die höheren Einnahmen der Arbeitslosenversicherung unberücksichtigt lässt.

„Es sind Treuhänder, die die Aufgabe haben, die Meinung der Bundesregierung in dieser Treuhand zu vertreten.“

Da macht es sich Angela Merkel mit Blick auf Opel etwas sehr einfach. Mit dem Sanierungsberater Dirk Pfeil und dem früheren Continental-Chef Manfred Wennemer hat die Bundesregierung ja gerade deshalb zwei Industrieexperten in das Gremium berufen, damit eben nicht der Eindruck einer rein politischen Entscheidung entsteht. „Wenn ich gewusst hätte, dass die Entscheidung über Opel unter ausschließlich politischen und nicht betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gefällt werden sollte, hätte ich mich dafür nicht zur Verfügung gestellt“, sagte Pfeil der WELT.

„Unsere Fachleute ... haben ausgerechnet, dass uns eine Pleite von Opel ... in den ersten Jahren zwei Milliarden Euro pro Jahr gekostet, und zwar wirklich gekostet hätte.“

Hier handelt es sich um eine Rechnung von Steinmeier, die sich kaum aufmachen lässt. Zwar lässt sich über den Daumen gepeilt ausrechnen, wie viele Opelaner, Händler und Beschäftigte von Zulieferern ihren Job verloren hätten. Dann aber wird es knifflig. Denn nur weil Opel gerettet wird, kauft niemand automatisch mehr Autos. Die Arbeitsplätze fallen folglich an anderen Stellen weg. *bee/mgr*



Die Kanzlerin und ihr Herausforderer Frank-Walter Steinmeier während des Fernsehduells, das – nicht nur, was die Quote angeht – hinter vielen Erwartungen zurückblieb

## Bundeswahlleiter ist aktuell ...

- Als Frank-Walter Steinmeier beim TV-Duell am vergangenen Sonntag vom „Anschalte- und Ausschaltemonster“ sprach, meinte er damit einfach nur ...  
 a) das Atomkraftwerk Krümmel  
 b) den Computer in seinem Büro  
 c) ein Spielzeug seiner Tochter
- Zur Briefwahl bitte ...  
 a) Trinkgeld an den Postboten  
 b) Brief an den Abgeordneten  
 c) Brief an die Gemeinde
- „Die Eltern haben ihren Erziehungsauftrag an 25 Fernsehkanäle abgegeben.“  
 a) Ursula von der Leyen  
 b) Helmut Schmidt  
 c) Rita Süßmuth
- Seit wann gibt es in Deutschland das allgemeine Wahlrecht für Männer?  
 a) 1848  
 b) 1871  
 c) 1919
- Welchem deutschen Kanzler wurde der Friedensnobelpreis verliehen?  
 a) Helmut Schmidt  
 b) Helmut Kohl  
 c) Willy Brandt
- Als die Wirtschaftskrise boomte, war die Abwrackprämie ein zentraler Bestandteil des neuen ...  
 a) Konjunkturpakets  
 b) Scheidungsrechts  
 c) Rentengesetzes
- Bundeswahlleiter ist aktuell ...  
 a) Oscar Niedermeyer  
 b) Sebastian Geisler  
 c) Robert Egeler
- Welche Partei stand bei der letzten Bundestagswahl nicht auf der Liste?  
 a) Die Violetten  
 b) Perspektive  
 c) 50 Plus
- In welchem Bundesland wurde die erste Ministerpräsidentin gewählt?  
 a) Mecklenburg-Vorpommern  
 b) Baden-Württemberg  
 c) Schleswig-Holstein
- Und wie hieß sie?  
 a) Angela Merkel  
 b) Heide Simonis  
 c) Anne Kuhn

Die Lösungen finden Sie auf Seite 7

## „Ohne Leidenschaft, Schwung, Energie“

Warum das TV-Duell der Kanzlerkandidaten so gemächlich ablief

Ruediger Dahlke arbeitet als Arzt, Psychologe und Autor („Aggression als Chance“). Er hat sich das TV-Duell angesehen.

DIE WELT: Müssen Angela Merkel oder Frank-Walter Steinmeier zum Anti-Aggressions-Training?  
 Ruediger Dahlke: Nein, müssen sie nicht. Beiden fehlt aber auch die positive Seite der Aggression. Die Körpersprache zeigt, dass sie sich schätzen. Das ist ja auch etwas Schönes und ein Gegenpol zur Aggression. Beide strahlten Ausgleich und Harmonie aus, waren sachlich. Aggressiv war Merkel nur gegenüber den Journalisten, das hatte etwas Burschikoses.

Hat einer von beiden unterdrückte Aggressionen?

Dahlke: Nein. Steinmeier war leibendiger als Merkel, aber echtes Feuer brannte in ihm nicht. Die Aggression hat ja zwei Seiten. Einerseits die brutale Aggression – wie jetzt in der S-Bahn in München. Und die positive Aggression: Energie, Kraft, Entscheidungsfähigkeit, Konfrontation, etwas in Angriff nehmen.

### Und das fehlt beiden?

Dahlke: Bei Merkel und Steinmeier fehlte mir jede Leidenschaft, auch Schwung, Elan, Energie, sie strahlen wenig Mut aus. Beide sind behäbig, haben einen frustrierten Mund. Und beide sind keine Kämpfer. Bei Steinmeier spürte man wenigstens noch

Emotionen, als er sich hinter Gesundheitsministerin Ulla Schmidt stellte. Als Merkel Verteidigungsminister Jung ihr Vertrauen aussprach, hat sie nur eine Pflichtnummer abgeliefert. Ich dachte, ich ertrüge den Jung, den Steinmeier aber mag sie.

Aber Gerhard Schröder und Edmund Stoiber, die Duellanten 2002, hatten doch Aggressionen.

Dahlke: Ja, der Stoiber hatte sogar jede Menge unterdrückte Aggressionen. Schröder war frech, unverschäm, aber das war witzig. Seine Aggressionen kamen gut rüber.

Interview: Alexander Kohnen

## Wo die SPD weit vor den anderen Parteien liegt

BERLIN – In den Meinungsumfragen mögen die Sozialdemokraten zurückliegen, in einer Disziplin haben sie längst gewonnen: Sie verschicken die meisten Pressemitteilungen. Gestern um 14.47 Uhr verließ Meldung Nummer 1000 das Willy-Brandt-Haus: „Franz Müntefering bei Betriebsbesichtigung im Saarland.“ Da waren Thomas Oppermann und Manuela Schwesig schon in Göttingen (14.35 Uhr), Andrea Nahles war in Trier (13.08) und vorher in Berlin und Nauen (11.54). Frank-Walter Steinmeier war in Ludwigshafen (10.16) und in Kassel (10.25) und Peer Steinbrück in Polch (9.33) und Ratingen (9.23). Die CDU hat dieses Jahr erst 75 Mitteilungen verschickt, die Grünen 221. FDP und Linke nehmen an dem Wettbewerb nicht teil. *phn*

## Wahl-Quiz